

# v a n t i !

Für eine emanzipatorische Jugendbewegung

## Wir schaffen Arbeit

Hecken schneiden-Hundkacke sammeln-Müll  
sortieren-Behinderte ausführen-Wege säubern  
Bäume stützen-Gebäude bewachen-Telefon  
Babysitten-Schüler beaufsichtigen-Büros be  
Fenster putzen-austragen-Aufzugführer  
Werbung verteilen-sortieren-Nachtpor  
Gartenhilfs-Produktions-Haushal  
Portier-Ba-hilfs-kehrer  
Lagerhilfsa-sortier-aushel  
Zwangsar-Zwa-mach-Zwan  
wangs-wangs-Zwang



Für nur einen Euro



Neuwahlen? -  
Was nun?!



# VORWORT

Liebe GenossInnen, liebe FreundInnen,

Ihr haltet nun das zweite AVANTI in diesem Jahr in euren Händen. Die letzten drei Monate waren voller Aktionen. Wir haben gemeinsam am 1. Mai gegen die Spar- und Arbeitsmarktpolitik unserer Hartz-IV-geprägten Regierung demonstriert und gleichzeitig den Tag der Arbeit gefeiert. Eine Woche später, am 8. Mai, haben wir der Befreiung vom Faschismus vor 60 Jahren gedacht und uns trotz schlechten Wetters am Bündnis "8. Mai - Tag der Befreiung" beteiligt. Hier sei nochmals allen HelferInnen recht herzlich gedankt. Ohne eure tatkräftige Unterstützung hätte sich unser Verband an diesem Tag nicht so öffentlichkeitswirksam darstellen können.

Auf Grund der aktuellen tagespolitischen Veränderungen hat der Landesvorstand entschieden, in diesem AVANTI die von Bundeskanzler Schröder angekündigten Neuwahlen zu thematisieren. Hierzu gab und gibt es rege Diskussionen im Verband. Ich hoffe trotz der kontroversen Meinungen sind wir uns doch alle einig, dass wählen gehen unsere unumstrittene Aufgabe ist, egal für wen jedeR Einzelne von uns ihre/seine Stimme abgibt.

Aus dem momentanen Diskussionsstand möchte der Landesverband keinesfalls einen Wahlauf Ruf ableiten, der zur Wahl von SPD, Grünen, WASG oder irgendeiner anderen vermeintlich linken Partei auffordert. Diese Entscheidung muss jedeR für sich selbst treffen. Wir sollten aber weiter diskutieren, wie wir als Jugendverband junge WählerInnen in ihrer Wahlentscheidung unterstützen können und diesbezügliche Aktivitäten planen.

Das Zeltlager ist nicht mehr lange hin, und ich kann mit Stolz feststellen, dass wir mit über 120 TeilnehmerInnen in die diesjährige Falkenrepublik nach Schweden/Bolmsö fahren werden. In der Falkenrepublik steht Selbstorganisation im Vordergrund, das heißt aktive Mitgestaltung aller TeilnehmerInnen. Indem wir Kindern und Jugendliche diese und andere Erfahrungen ermöglichen, tragen wir unseren Anteil zur Veränderung der Gesellschaft bei.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und anschließendem Diskutieren.

Freundschaft! **Anja Wilhelm**

## **Politische Zensur bei der Berliner SPD?**

Das *Avanti* wurde bisher immer in der Druckerei im Kurt-Schumacher-Haus der SPD gedruckt, frankiert und verschickt. Die Kosten für Frankierung und Verschickung übernahmen die Falken selber, dafür war der Druck umsonst - lediglich für das Papier mußte bezahlt werden - und die zeitaufwendige technische Organisation fiel weg. So war jedenfalls der Deal mit Ralf Wieland (Ex-Landesgeschäftsführer der SPD), der die Falken-Zeitung auch nicht vorher durchlas. Der neue LGF Rüdiger Scholz indes kontrolliert lieber die Druckerzeugnisse. Die Ausgabe vom April 2005 erregte ihn derart, daß er sich weigerte die Ausgabe drucken und verschicken zu lassen. Es gab zwei Textstellen, die die SPD in Aufregung versetzte.

Zum einen lautet im Editorial die inkriminierte Stelle "Beteiligen wir uns aktiv am Kampf der Gewerkschaften und anderer gegen die rot-grüne Sozialabbaupolitik unter dem Slogan Agenda 2010!". In der Rubrik 'Positionen' wurde unter der Überschrift "Antifaschismus 60 Jahre nach Kriegsende" ein "Vorschlag einer Verbandssposition" formuliert. Hier heißt es unter Punkt 4: "Gegen den Neo-Nationalismus der Gedenkweltmeister - Alle sind gegen die Nazis. Die bürgerliche Öffentlichkeit echauffiert sich über die NPD im sächsischen Landtag und den Beschluß der BVV Steglitz-Zehlendorf zum Gedenken an den 8.Mai. Doch sind dies eher die altmodischen Varianten eines konservativen Geschichtsrevisionismus. Der von der rot-grünen Bundesregierung eifrig gepflegte Neo-Nationalismus kommt ohne solche plumphen Argumente aus und geht doch zielsicher an einem linken Antifaschismus vorbei. Die Bundesrepublik wird als Gedenkweltmeister und positives Gegenbild zum NS-Staat präsentiert, zu dem es keine Kontinuität gebe. Gleichzeitig sind deutsches Streben nach Großmachtstatus und Angriffskriege wieder möglich, werden Grundrechte abgebaut und Flüchtlinge und MigrantInnen aufgrund rassistischer Kategorien entrechtet..."

Im erweiterten Landesvorstand der Berliner Jusos hagelte es kritische Wortbeiträge gegen Rüdiger, der dazu Rede und Antwort stand. Den Vorwurf, daß er indirekte Zensur betrieben habe, wollte er nicht gelten lassen. Bei dem ersten Punkt hing er sich an dem Wort "Kampf" auf - für ihn implizierte das einen offenen, allgemeinen Widerstand. Letzere Textstelle sah für ihn wie die faktische Gleichsetzung der SPD-Politik mit der Politik des NS aus.

# JUSO-KOMMENTAR

Was die GenossInnen der Berliner Jusos erregte: Beide Textstellen könnten so auch in ihren Publikationen stehen - die gleichen Schlüsselbegriffe haben wir schon oft in diversen Anträgen, Flugblättern oder Artikeln gebraucht. Selbstverständlich kämpfen die Jusos Seit' an Seit' mit Gewerkschaften und anderen Bündnispartnern gegen rot-grüne Sozialabbaupolitik, oftmals leider mit wenig Erfolg. Seit 1999 ist es Beschlußlage der Berliner Jusos, den Nato-Einsatz gegen Jugoslawien als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu analysieren. Grundrechtsabbau durch u.a. die 'Otto-Kataloge' prangern die Jusos auch schon seit Jahren an. Wir analysieren das diplomatische Gerangel nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bei gleichzeitigem Ausbau europäischer Interventionsstreitkräfte und der Änderung der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr ebenfalls als Streben nach einem Großmachtstatus - allerdings in einem europäischen Kontext eingebettet. Bezüglich der 'rassistischen Kategorien' genügt es schon, mal die ISD oder Flüchtlingsinitiativen zu fragen, was sie zu Ausländer- und Asylbewerberleistungsgesetz, zur Residenzpflicht, zu polizeilichen Personenkontrollen (vor allem) in Grenznähe und zu den Zuständen in Abschiebeknästen, zu sagen haben. Und wenn man schon etwas zu Kontinuitäten kritisiert: wie sieht es denn mit der Kranzniederlegung höchster staatlicher (und sozialdemokratischer) Würdenträger am 8. Mai an der Neuen Wache aus? Währenddessen spielte ein Soldat in Uniform das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" auf der Trompete. Dieses Lied steht fest in der deutschen und preußischen Militärtradition und soll gefallene (deutsche) Kameraden ehren.

Nichts, was die Falken im April-Avanti geschrieben haben, rechtfertigt die meines Erachtens indirekte Zensur des Genossen Rüdiger Scholz, da alle Positionen zum einen keine rassistischen, sexistischen, faschistischen oder antisemitischen Versatzstücke beinhalten, zum anderen im sozialistischen und sozialdemokratischen Meinungsspektrum ihren Platz haben. Wenn diese Form der politischen Kontrolle künftig auch für Publikationen der Berliner Jusos gälten, könnten wir uns die Hälfte unserer Flugblätter, Antragsbücher und sonstiges abschminken. Eine linke Politik innerhalb der Berliner SPD wäre dann nur noch schwer möglich.

**Norbert Meyerhöfer (AK Antifa der Jusos Berlin)**

*Nachtrag der Redaktion:*

*Nach einigem Hin und Her gab uns das Büro von Rüdiger Scholz für die vorliegende Avanti-Ausgabe die Auskunft, dass die Druckerei wegen des bevorstehenden Wahlkampfes momentan keine Kapazität habe, das Avanti zu drucken, und davon abgesehen auch die inhaltliche Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Wir haben das Avanti daher auch dieses Mal woanders drucken lassen.*



## **Warum reden hier eigentlich alle von der Bundestagswahl? Sollte die nicht erst 2006 stattfinden?**

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 wurde die letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt, die SPD erreichte das schlechteste Ergebnis seit 50 Jahren und die CDU gewann rund 8% der Wählerstimmen hinzu. Die Union hat nach dieser Wahl nun 43 von 69 Stimmen im Bundesrat, womit ihr nur drei Stimmen zu einer Zwei-Drittel-Mehrheit fehlen, mit der der Bundesrat eine totale Blockade einnehmen, also alle Gesetzesvorhaben der Bundesregierung blockieren könnte. Die Durchsetzung vieler Gesetzesvorhaben der Bundesregierung wird durch die Übermacht der Union im Bundesrat auch jetzt schon schwierig oder unmöglich. Gerhard Schröder sieht so die Grundlage seiner Politik in Frage gestellt und glaubt, dieses Problem mit Neuwahlen lösen zu können.

## **Was muss passieren, damit es zu Neuwahlen kommen kann?**

Der Bundestag muss aufgelöst werden: Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages ist nur nach einer gescheiterten Vertrauensfrage möglich: Wenn der Bundeskanzler in der Abstimmung darüber nicht die erforderliche Zustimmung (zur Zeit 337 Stimmen) erreicht hat, kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers innerhalb von 21 Tagen den Bundestag auflösen (Artikel 68 Grundgesetz). Dann müssen Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösungsverfügung des Bundespräsidenten stattfinden. Das Recht zur Auflösung des Parlaments erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine(n) andere(n) Bundeskanzler(in) wählt.

Das heißt? - Gerhard Schröder muss im Bundestag die Vertrauensfrage stellen und seine Koalition muss ihn mit Absicht scheitern lassen (ist am 1.7. geschehen). Dann

# NEUWAHLEN

kann der Bundespräsident Horst Köhler innerhalb von 21 Tagen den Bundestag auflösen. Und dann müssen Neuwahlen stattfinden, d.h. alle deutschen StaatsbürgerInnen, die zum Zeitpunkt der Wahl 18 Jahre alt sind, dürfen sich an der Wahl des neuen Bundestages beteiligen. Und zwar mit zwei Stimmen: der Erst- und der Zweitstimme.

**Du hast 2 Stimmen**



**Wen oder was wähle ich denn mit welcher Stimme?**

**Erststimme:** Mit der Erststimme bestimmen die WählerInnen die DirektkandidatIn ihres Wahlkreises. In den Bundestag gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Mit der Erststimme entscheiden die WählerInnen also, welche Person in den Bundestag einzieht. Dies betrifft allerdings nur die Hälfte der Abgeordneten (z.Zt. 299 von insgesamt 598 Abgeordneten); die übrigen Abgeordneten werden mit der Zweitstimme über von den Parteien zusammengestellte Landeslisten gewählt.

**Erststimme:** Mit der Erststimme bestimmen die WählerInnen die DirektkandidatIn ihres Wahlkreises. In den Bundestag gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Mit der Erststimme entscheiden die WählerInnen also, welche Person in den Bundestag einzieht. Dies betrifft allerdings nur die Hälfte der Abgeordneten (z.Zt. 299 von insgesamt 598 Abgeordneten); die übrigen Abgeordneten werden mit der Zweitstimme über von den Parteien zusammengestellte Landeslisten gewählt.

**Zweitstimme:** Mit der Zweitstimme entscheiden die Wahlberechtigten sich für die Landesliste einer Partei. Sie ist wichtiger als die Erststimme, denn die Zahl der Zweitstimmen entscheidet darüber, wie viele Mandate (oder Sitze) jede Partei im Bundestag erhält. Die Zweitstimmen werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren in die Zahl der Mandate umgerechnet.

Bei der Abgabe der Erst- und Zweitstimme kann eine WählerIn sich auch für eine KandidatIn bzw. die Landesliste unterschiedlicher Parteien entscheiden, er/sie "splittet" dann seine/ihre Stimme:

**Stimmensplitting:** Dieser Begriff bezeichnet die bei der Bundestagswahl gegebene Möglichkeit, parteipolitisch mit der Erst- und der Zweitstimme unterschiedlich zu votieren. Bewusst nutzen manche WählerInnen diese Möglichkeit, um mit der Stimmenteilung eine Wunschkoalition zweier Parteien zu stützen.

## **Und wie wird dann bestimmt, wie viele Abgeordnete jede Partei in den Bundestag schickt?**

**Mit dem Hare-Niemeyer-Verfahren:** So heißt das mathematische Verfahren, mit dessen Hilfe nach dem Bundeswahlgesetz die Zahl der Zweitstimmen in die Zahl der Bundestagsmandate umgerechnet wird. Alle Zweitstimmen für eine Partei aus dem gesamten Bundesgebiet werden mit der Zahl der insgesamt zu vergebenden Bundestagssitze multipliziert und dann durch die Gesamtzahl aller gültigen Zweitstimmen geteilt.



**Was hat es mit dem Gysi-Lafontaine-Bündnis auf sich?**



Die PDS (Spitzenkandidat Gregor Gysi) und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), eine linke Abspaltung der SPD (Spitzenkandidat für Nordrhein-Westfalen Oskar Lafontaine), haben beschlossen, dass WASG-Mitglieder als Parteilose auf sogenannten "offenen Landeslisten" der PDS zur Bundestagswahl kandidieren werden (da eine Listenvereinigung, s.u., nicht möglich ist). Sie versprechen sich dadurch einen größeren Wahlerfolg als wenn beide Parteien alleine antreten würden. Die PDS wird sich nun in "Die Linkspartei" umbenennen, weil die WASG ein "PDS" im Namen nicht akzeptieren möchte, da sie glaubt, dann im Westen bei der Wahl schlechtere Chancen zu haben. PDS und WASG wollen sich innerhalb der nächsten zwei Jahre möglicherweise zu einer Partei zusammenschließen.

**Listenvereinigung:** Absprachen über eine Vereinigung von Landeslisten verschiedener Parteien, um gemeinsam die Fünfprozentklausel zu überwinden, sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1956 nicht zulässig. Eine Ausnahme bildete die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl: Das Bundesverfassungsgericht wollte damit 1990 die Erfolgchancen von Gruppierungen aus den neuen Bundesländern erhöhen.

# NEUWAHLEN

## ***Wann ist denn die vorgezogene Bundestagswahl?***

Voraussichtlich am 18. September 2005. Voraussichtlich, weil dazu ja erst einmal der Bundestag aufgelöst werden muss (und wie das geht, kannst du oben unter dem Stichwort "Auflösung des Bundestages" nachlesen). Reguläre Neuwahlen wären erst ein Jahr später gewesen.

## ***Wer sind die SpitzenkandidatInnen der im Bundestag vertretenen Parteien?***

Als Spitzenkandidat wird die KandidatIn einer Partei für Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen bezeichnet, die/der im Falle des Regierungseintritts der Partei das wichtigste Amt übernehmen soll, welches die regierende Partei zu vergeben hat. Bei SPD und CDU werden die SpitzenkandidatInnen auf Bundesebene KanzlerkandidatIn genannt.

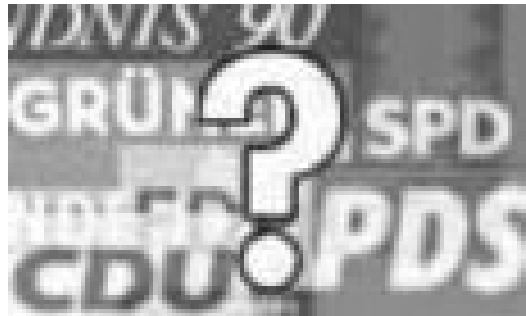
SPD:	Gerhard Schröder
Bündnis 90 / Die Grünen:	Joschka Fischer
CDU / CSU:	Angela Merkel
FDP:	Guido Westerwelle
PDS:	Gregor Gysi

## ***Wer darf wählen?***

Alle Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die zum Zeitpunkt der Wahl das 18. Lebensjahr erreicht haben. Eine Wahlbenachrichtigung, auf der steht, wann und wo du wählen gehen kannst, bekommst du zugeschickt. Die Benachrichtigung musst du zusammen mit deinem Personalausweis mit zur Wahl bringen.



## **Wie entscheide ich mich für eine eine KandidatIn (Erststimme) bzw. eine Partei (Zweitstimme)?**



- Lies dir die Wahlwerbung durch, die du in deinem Briefkasten findest,
- guck dir die Wahlwerbespots im Fernsehen an,
- ...
- guck dir die Parteiprogramme auf den Homepages des Parteien an:
  - SPD:** <http://www.spd.de>
  - Bündnis 90 / Die Grünen:** <http://www.gruene.de>
  - CDU:** <http://www.cdu.de/>
  - CSU:** <http://www.csu.de/>
  - FDP:** <http://www.liberaale.de/>
  - PDS:** <http://sozialisten.de/>
  - WASG:** <http://www.w-asg.de/>
- ruf bei den Parteien an und lass dir ihre Wahlprogramme schicken,
- diskutier mit deinen LehrerInnen, Eltern und FreundInnen,
- lies die Diskussionen im Avanti.

### *Quellen:*

*[http://www.bpb.de/publikationen/17MV9U,0,0,W%E4hlen\\_in\\_Deutschland\\_von\\_A\\_Z.html](http://www.bpb.de/publikationen/17MV9U,0,0,W%E4hlen_in_Deutschland_von_A_Z.html),  
<http://www.sovd-nds.de/downloads/pdf/publikationen/bundestagswahl.pdf>, Homepages der Parteien, Spiegel-Online, Stern online, WDR online; [http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat\\_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_(Deutschland))*

*Candida*



## Neuwahlen? - Was nun?!

*Nachdem bekannt wurde, dass es vermutlich Neuwahlen geben würde, hat sich im Internetforum der Falken eine Debatte entsponnen, die wir hier gerne wiedergeben möchten. Alle LeserInnen sind herzlich eingeladen, ihre eigenen Beiträge über [falcken-forum@falken-berlin.de](mailto:falcken-forum@falken-berlin.de) oder als Leserbrief ans *Avanti* zu schicken! Deine Meinung zählt!*

**23.05.2005**

**Korinna:**

Überraschung, Überraschung! Die SPD und die Grünen haben in NRW eine bittere Niederlage hinnehmen müssen... ein nach Umfragen absehbarer Ausgang.

Doch was musste ich da gestern Abend durch Zufall im Internet lesen?? Neuwahlen im Herbst!? - Meine Reaktion war entsprechend: Hä? Wo Neuwahlen? ... bis ich dann die Glotze anstellte und die Rede vom Schröder hörte.... Die meinen das ernst!!!

Na, das kann ja heiter werden. Wir sollten uns gegen ein tiefschwarzes Land wehren!!! Ich will nicht, dass Merkel und Co. ihre noch schlimmere Politik ohne große Gegenwehr durchziehen können... Man denke da an die nun vorherrschende Gegenmacht der CDU/CSU im Bundesrat... zwar keine 2/3-Mehrheit aber eine klare politische Mehrheit. Na, und wenn die Bundesregierung nun auch noch schwarz wird..... Ich will mir nicht ausmalen, wohin das führen mag....

Also: ich hoffe, ich bin nicht die Einzige, die sich wehren will!! Wir sollten uns schnell über unsere "Falkenlinie" klar werden. Wo werden wir uns positionieren? Wollen wir Erstwählerinnen motivieren bzw. über das ganze System aufklären? Es gibt bei mir noch viele Fragen.

25.05.2005

**Manuel:**

Ich bin der Meinung, dass wir uns mit der Bundestagswahl intensiv auseinandersetzen sollten!

Am Montag fielen im Landesvorstand unter anderem folgende Argumente: Wahlen ändern nichts, für uns als Jugendverband ist es viel wichtiger unsere Projekte voranzutreiben und so die Welt zu verändern. Warum also zu viel Energie auf die Bundestagswahl verschwenden? Viel schlimmer als jetzt wird es mit der CDU kaum werden. Vielleicht machen die den Sozialabbau nur schneller als die SPD, an der Grundlinie wird sich wohl nichts ändern. Und schließlich: eine reaktionäre Politik à la Merkel und Stoiber provoziert Widerstand, das kann die Linke doch nur stärken.

Ich glaube, dass das eine fatale Fehleinschätzung ist!

1. Es kann sehr wohl noch viel schlimmer werden als jetzt! CDU und FDP haben angekündigt:

- Die Abschaffung der solidarischen Krankenversicherung.
- Die Zerschlagung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Entmachtung der Gewerkschaften.
- Die Abschaffung der solidarischen Rentenversicherung.
- Eine weitere Senkung des Arbeitslosengeldes.
- Weitere Steuersenkungen für Reiche zu Lasten der Armen.
- Beckstein als Innenminister.
- Die bundesweite Durchsetzung von Studiengebühren auch für das Erststudium.
- Die Zerschlagung von Mitbestimmungsstrukturen an den Universitäten.
- Atomkraftwerke sollen bis zum Sankt Nimmerleinstag weiterlaufen.
- Eine Annäherung an die Bush-Regierung, wahrscheinlich inkl. Militäreinsatz im Irak.
- ...

# DEBATTE

Wem diese lange Liste nicht reicht, der kann sich das Sozialsystem in den USA anschauen. Das ist die Richtung, in die die Schwarzen wollen! Und so weit würde selbst die rechteste rot-grüne Regierung nicht gehen!

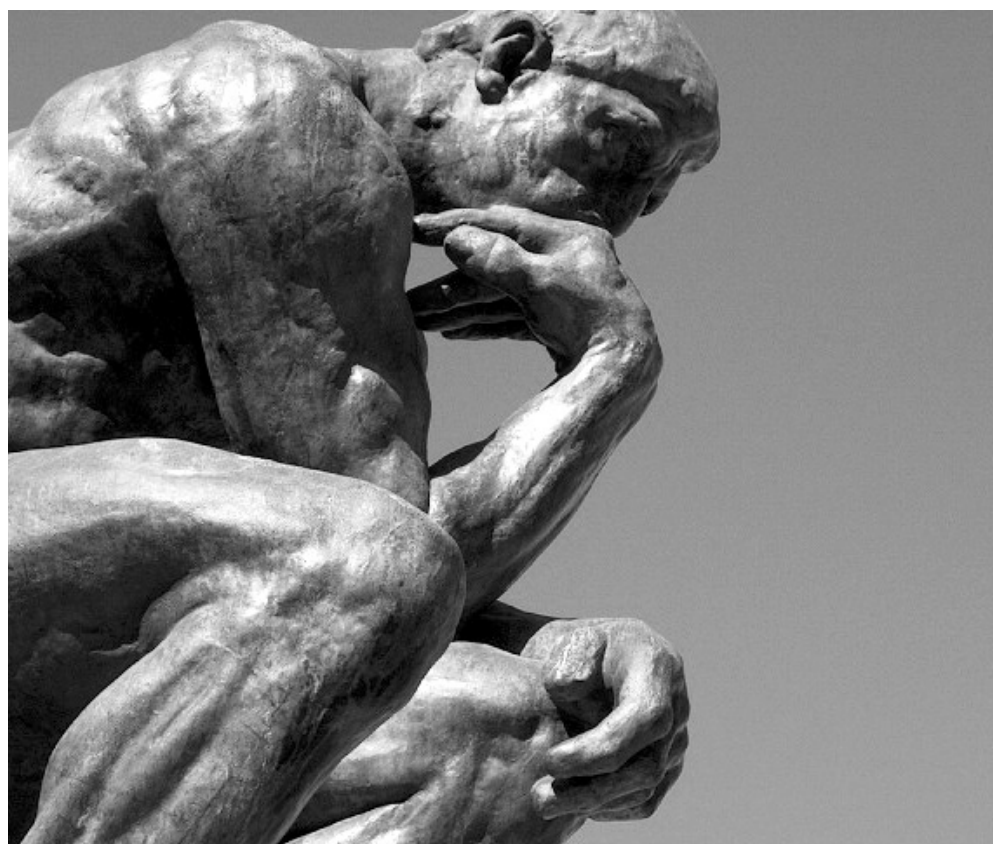
2. Eine schwarze Regierung würde zwar Widerstand provozieren. Ich glaube aber nicht, dass die außerparlamentarische Linke so gestärkt würde. Positionen links von der SPD werden nur wahrgenommen, so lange die SPD regiert. Sonst übernimmt die SPD nämlich die Rolle der Opposition, linkere Standpunkte werden ignoriert. Im Jahr 1982 (als Kohl an die Macht kam) gab es eine sehr starke außerparlamentarische Bewegung. Die war im Widerstand gegen die SPD-FDP-Regierung groß geworden. 1998 war davon nichts mehr übrig, 16 Jahre CDU haben die Linke und die gesamte Gesellschaft in Lethargie gestürzt.
3. Ich finde, die Berliner Linke hat eine fatale Neigung, sich in ihre Kuschelecken zurückzuziehen. Der gesamtgesellschaftliche Trend wird kaum wahrgenommen. Wir stehen möglicherweise vor einem Rechtsruck in Deutschland. Und im Landesvorstand geht die Parole um: Wir verändern als Jugendverband die Welt, was draußen passiert, ist nicht so wichtig. Das ist absurd und lächerlich! Unsere innerverbandliche Arbeit ist sehr wertvoll, aber das darf nicht dazu führen, dass wir gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ignorieren!

**FAZIT:** Wir Berliner Falken müssen eine klare inhaltliche Position zur Bundestagswahl beziehen und diese offensiv nach außen tragen! Dazu bedarf es zunächst einmal einer intensiven Diskussion, die unter anderem in dieser Avanti-Ausgabe ihren Widerklang findet. Für mich scheint jetzt schon klar zu sein:

- Wir rufen dazu auf, wählen zu gehen und links zu wählen!
- Wir beziehen inhaltlich Stellung zum Programm der Parteien. Die Parteien, auf die wir uns zentral beziehen sind: SPD, Grüne und PDS/ WASG.

**Alex:**

Manuel hat meiner Meinung nach die Argumente, die im Landesvorstand zum Thema Bundestagswahl angeführt wurde, verkürzt dargestellt. Darum hier meine Klarstellung: Die Frage war: ist es als sozialistischer Jugendverband, der wir hoffentlich sind, überhaupt sinnvoll, sich in dieser Situation mit einer Wahl intensiv auseinander zu setzen, bei der es lediglich um das kleinere Übel geht? Ich glaube wir sind uns alle einig gewesen, dass es keine Partei gibt, die uns zum Sozialismus führt (was aber unsere politische Position sein sollte), weil das in diesem System einfach nicht möglich ist. Ich würde weiterhin behaupten, dass wir alle keine



schwarze oder schwarzgelbgepunktete Regierung wollen. Doch finde ich die momentane Regierung auch zum Kotzen (entschuldigt bitte die Ausdrucksweise). Und die Einsicht Schröders, dass seine Politik nicht mehr gesellschaftlich tragbar ist, seit langem das Vernünftigste, was von ihm kam (wobei seine Konsequenz daraus vielleicht diskussionswürdig ist).

Darum stellt sich sicher für uns alle die Frage, wie wir in dieser Situation reagieren sollen.

- Sagen wir, "Das interessiert uns alles nicht!",
- treten wir für das kleinere Übel, die SPD ein (und machen für sie Wahlwerbung),
- sagen wir nur wieder ganz allgemein "Wählt links" (was aber aus wahltaktischer Sicht nicht allzu sinnvoll ist, da man auch mit der Wahl der PDS oder einer ähnlichen Partei die mögliche rot-grüne Regierung schwächt und damit die Mög-

# DEBATTE

lichkeit einer schwarz-gelben stärkt

- oder entscheiden wir uns für einen anderen Weg?

Meiner Meinung nach bedarf es mehr als der Aufklärung, wie man ein Kreuz an die "richtige" Stelle macht (was vielleicht kurzfristig richtig und wichtig sein mag, um schwarz-gelb zu verhindern, und sicher auch einen Artikel im Avanti oder eine Veranstaltung wert ist, aber langfristig auch nicht zu dem führt, was wir wollen)!

Ich bin der Auffassung, dass unsere tagtägliche politische Arbeit, die wir als Verband mit Kinder und Jugendlichen leisten, nicht ignorant gegenüber der momentanen Situation in diesem Staat ist, sondern im Gegenteil die Probleme und Gefahren erkannt hat. Wir leisten eine aufklärende Arbeit, die Vorurteile abbaut und junge Menschen zu alternativen Ideen anregt, eine Arbeit, die zeigt, dass es zur Veränderung und Verbesserung unserer Gesellschaft notwendig ist, sich zu engagieren, um dafür zu sorgen, dass es in der Zukunft eine gerechtere Gesellschaft geben kann. Dies ist die Arbeit, die dem momentanen neoliberalen, nationalistischen und militaristischen Kurs in diesem Land entgegenwirkt (was man von der politischen Arbeit der meisten Parteien wohl kaum behaupten kann). Und das ist auch die Arbeit, auf die wir uns konzentrieren sollten, zum einen weil wir diese hoffentlich am besten können. Zum anderen aber auch, weil es das ist, was wir alle mit gutem Gewissen vertreten können. Und zu guter Letzt, weil auch diese Arbeit im Grunde dazu führt, dass mensch "links" wählt (aus welchen Gründen auch immer).



25.05.2005

**Johannes:**

Wenn wir uns als politischer Verband nicht mit einer Wahl auseinandersetzen, dann darf das nur geschehen, wenn wir das gesamte politische System für grundsätzlich falsch und nicht reformierbar halten. Dieser Meinung war und bin ich nicht.

Das Ignorieren eines so zentralen Bestandteils der parlamentarischen Demokratie heißt, an dieser nicht mehr teilzunehmen. Ich wähle kein kleineres Übel. Die Vorstellung, nur die Auswahl zwischen Übeln zu haben, basiert grundlegend auf einer rein pessimistischen Haltung.

Ich wähle (und bin auch Mitglied) der Partei, deren programmatische Ausrichtung und deren Weltbild mit meiner persönlichen Meinung die größte Übereinstimmung hat und von der ich erwarten kann, dass sie in der politischen Meinungsbildung auch eine Rolle spielen kann.



Gibt es eine solche Partei nicht (oder nicht mehr), so ist es möglich die Ansprüche herabzusetzen, also entweder eine bedeutende Partei zu wählen, mit der die Schnittmenge nicht mehr so groß ist, oder aber eine unbedeutendere Partei zu wählen in der Hoffnung, dass viele andere Menschen genauso denken.

Daneben gibt es noch 2 weitere Möglichkeiten:

1. das Betreiben der Gründung einer eigenen Partei  
(steht hier eher nicht zur Debatte)
2. der Rückzug ins Private/ die Wahlenthaltung  
(sei es nun durch Nichtwählen oder ungültig machen des Stimmzettels).

Von der Wahlenthaltung profitieren aber immer gerade die Parteien am stärksten, denen der sich der Wahl enthaltende am ablehnendsten gegenübersteht, da er oder

# DEBATTE

sie diesen Parteien sowieso nie die Stimme gegeben hätte.

Konkret ist es im Moment nur schwer zu sagen, ob wir einen reinen Lagerwahlkampf Rot/Grün vs. Schwarz/Gelb haben werden oder ob links noch eine Partei dazukommt, die auch von Menschen gewählt wird, die nicht bereit sind, ihr Kreuz bei der PDS zu machen, bzw. ob die PDS es schafft, sich soweit zu öffnen (mit WASG-Mitgliedern u.ä.), dass sie auch im Westen wählbar wird. Ich (und das wird vielleicht einige überraschen) hoffe auf letzteres.

Die Zeit von Rot-grün ist wahrscheinlich erst einmal vorbei. Aber es wäre doch geradezu absurd, wenn sich die Menschen wegen der Agenda 2010 von Rot-grün abwenden, als Ergebnis dann aber die CDU die Regierung stellt und die von diesen Menschen als falsch empfundene Politik dann noch ein ganzes Stück weiter treibt.

Kommt im Herbst ein schwarz-gelbes Bündnis an die Macht, so hat dieses mindestens ein Jahr Narrenfreiheit, weil es dann Bundestag und Bundesrat beherrscht. (Und außerdem noch den Bundespräsidenten stellt).

Es ist auch nicht davon auszugehen, dass Angela Merkel auf irgendeine der ersten Landtagswahlen Rücksicht nehmen wird. Schon jetzt bereitet sich die Union darauf vor, einen Großteil ihres "Giftpaketes" in den ersten Monaten durch das Gesetzgebungsverfahren zu peitschen, und schon jetzt stellt sie sich auf Massendemonstrationen dagegen ein und darauf, diese komplett zu ignorieren.

Die Union hat den Bundesrat instrumentalisiert und bei der rot-grünen Politik fein gesiebt. Alle Kürzungen für sozial Schwache wurden anstandslos mitgetragen, Verbesserungen (wie günstigere Zuverdienstmöglichkeiten) abgeblockt. Genauso schützt sie gutverdienende Mittelständler wie Apotheker vor den Gesetzen des Marktes, denen Arbeiter aber mehr und mehr ausgesetzt werden.

Angeblich soll das marktwirtschaftlich sein! Aber wenn schon Marktwirtschaft, dann muss diese auch für alle gelten und keine Risiken des Kapitals privat absichern, keine Gewinne garantieren.

Es wird gerne ignoriert, aber Rot-grün hat in dieser Hinsicht einige Anstrengungen unternommen.



Die CDU will die Atomkraft erhalten. Z.Z. sollen zwar "nur" die Laufzeiten verlängert werden, dies kommt jedoch einem Todesstoß für die erneuerbaren Energien gleich. Windräder und Solarzellen liefern bekanntlich nicht immer Strom, so dass sie mit anderen Kraftwerken gekoppelt werden müssen, die flexibel an und aus gestellt werden können. Das ist bei einem Atomkraftwerk in so kurzen Intervallen nicht möglich, ein Atomkraftwerk kann nicht mal eben eine Stunde runtergefahren werden, weil es bewölkt ist. Es liefert konstant die selbe Menge Strom. Über die Risiken eines GAUs dürfte nach Harrisburg/ Tschernobyl genug bekannt sein.



Das sind nur einige Beispiele, warum ich keine schwarze oder schwarzgelbe Republik will und warum ich Wahlkampf für wichtig halte.

**26.05.2005**

**Korinna:**

Wow, ich hätte nicht gedacht, dass ich mit meinem kleinen Ausspruch so eine Diskussion losbrechen könnte. Aber wie es scheint, sind Wahlen und die Bundespolitik doch ein Thema für Falken. Auch wenn das nicht gleich heißen soll, dass wir die jungen WählerInnen dazu auffordern, unter den antretenden Parteien EINE zu wählen!

Es ging mir darum, und das ist hier ja nun schon einige Male aufgetaucht, was es bedeuten würde, von Schwarz-gelb regiert zu werden. Und da kann es uns nur noch schlimmer ergehen als jetzt. Das ist ein Fakt. Und ich glaube auch nicht, dass die Linke sich in der Opposition entwickeln und stärken kann, denn die Zersplitterung der SPD bei einem möglichen Einzug der WASG in den Bundestag (wie auch immer sie zu Listenplätzen kommen mag) sehe ich schon. Denn dann werden SPD'ler vom

# DEBATTE

linken Flügel eher abtrünnig.....

Allerdings frage auch ich mich, ob es sinnvoll ist, das "kleinere Übel" zu wählen. Würde Rot-Grün an der Regierung bleiben, gäbe es ein politisches Patt, denn der Bundesrat ist in "schwarzer" Hand.... Andererseits: Der vermutlich anstehende Rechtsruck ist tatsächlich ein solcher. Zugegeben, die SPD ist keine linke Volkspartei mehr. Aber sie ist zumindest nicht ganz so radikal im Sozialabbau wie die CDU/CSU....

Und genau über solche Fragen und Konstellationen und ihre möglichen Auswirkungen sollten wir als Falken ErstwählerInnen aufklären.

Was würde es für die Politik in diesem Land bedeuten, wenn

1. wir unter Schwarz-gelb regiert würden,
2. die SPD sich irgendwie retten und dann einer Übermacht im Bundesrat gegenüberstehen würde,
3. die bald anstehenden Landtagswahlen auch noch "schwarz" ausgehen würden?

Es geht mir nicht darum, einen Wahlauf Ruf zu starten, sondern um das, worin unsere Aufgabe als politischer Verband besteht: Aufdecken was passieren kann und wogegen wir uns wehren müssen. Egal, welche Partei die Regierung stellt!

**27.05.2005**

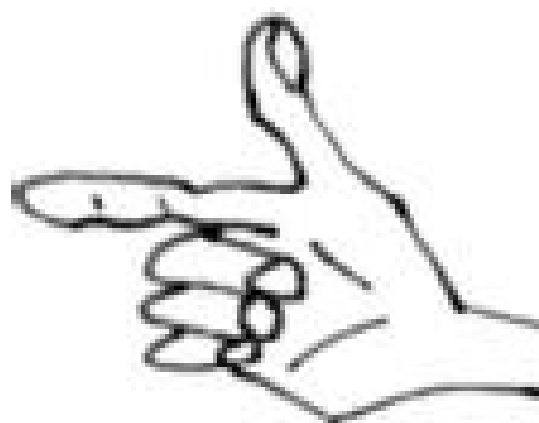
**Dennis:**

Ehrlich gesagt hält sich mein Mitleid mit der Bundesregierung, den Koalitionsparteien und deren regionalen Statthaltern wo auch immer in sehr eng bemessenen Grenzen. Diese Regierung hat eine Politik des Sozialabbaus zu verantworten, die vor noch zehn Jahren undenkbar und undurchsetzbar gewesen wäre. Vor zehn Jahren bildeten im Übrigen noch CDU/CSU und die FDP die Regierung. Die jetzige Regierung hat ihre sämtlichen Vorgänger an Wirtschaftsliberalität und 'sozialer Kälte' sozusagen rechts überholt und ihren Vertrauensvorschuss dafür genutzt, etliche Tabus zu brechen, und die Hemmschwelle dermaßen heruntergesetzt, dass die nun absehbare schwarz-gelbe Koalition endlich den Weg zum entfesselten Kapita-

lismus zuende gehen kann. Ohne die 'Reformen' der aktuellen Regierung wäre das so schnell nicht möglich geworden. Wir kommen also voraussichtlich von der Traufe in die Traufe! Und wo bleibt der Regen? Ach ja, die Grünen. Zugegebenermaßen haben sie einige kleine Schritte im Sinne ökologischer Politik tun können. Besser als gar nichts und doch nicht genug. Ihre sozialpolitische Transformation von der linksalternativen Spontipartei zur FDP in grün ist allerdings mehr als enttäuschend. Die SPD - ihre witzige Anti-Kapitalismusdebatte in allen Ehren - mag kluge und ehrliche Leute in ihren Reihen haben (das hat die CDU und früher sogar die FDP aber auch), dennoch hat sie die Regierungspolitik auf Bundes- und mancher Länderebene zu verantworten, sich schlicht ihren Wurzeln entfremdet und sie - ja doch - verraten, oder nicht? Und das schon seit 90 Jahren in steigender Intensität. Das Thema hat sich erledigt, wenn sich nichts Bahnbrechendes ändert, was wohl kaum zu erwarten ist.

Seriöse Alternativen sind nicht sichtbar. Sektierer wie die WASG oder noch kleinere Gruppierungen bis hin zu - nicht ernsthaft vorhandenen - Sozialisten oder Kommunisten sind 1. oft nur peinlich und 2. noch viel peinlicher. Die PDS, auch sie hat vielleicht ein paar kluge und ehrliche Leute in ihren Reihen, hat allerspätestens als Regierungspartei in Berlin bewiesen, wie man sich als potenzielle linke Alternative - wenn sie jemals eine war - selbst demontiert und lächerlich macht.

Wenn sich also die Falken positionieren sollen - und ich dachte das wäre eine ununterbrochene Aufgabe eines politischen Verbandes und nicht nur zu bevorstehenden Wahlen - , dann möchte ich doch sehr darauf insistieren, ausschließlich Positionen zu politischen Sachfragen einzunehmen, auf keinen Fall aber irgendwelche Wahlaussagen für eine Partei zu machen. Davon abgesehen, dass diese sowieso niemanden außerhalb unseres kleinen Kreises interessieren, bringen sie uns nicht nur in Abhängigkeit, es gibt vielmehr einfach keine Partei, die unsere Sympathie als Sozialisten verdient. Und bitteschön: Was heißt denn 'links wählen' heute noch? Diese links-rechts-Perspektive wurde ad absurdum geführt durch die absolute Austauschbarkeit der Parteiprogramme der Großen und



# DEBATTE

nicht zuletzt durch die Tatsache der (wohl wahltaktischen) 'Kritik von links' aus CDU/CSU-Reihen an den Regierungsreformen. Man könnte sich doch Norbert Blüm ebenso in der SPD wie Clement in der CDU vorstellen, von Geißler oder Schily gar nicht zu reden.

Viel wichtiger ist unsere eigene Aufklärung. Das Sinnvollste und Naheliegendste für alle Wie-ich-Unentschlossenen wäre wohl mal wieder ein Diskussionsabend oder eine Diskussion im Internet-Forum, die die verschiedenen Optionen abwägt und jedem Einzelnen die eigene Entscheidung nicht einfach macht, sondern vielfach überdenken lässt.

Wie sehen die Optionen aus: ca. 40 (?) Parteien und Listen, ungültig wählen, nicht wählen, Revolution anfachen usw. Meine oben eröffnete Meinung zu den Parteien lässt mich schlussfolgern: Auch die Infragestellung des Parteiensystems muss dabei möglich sein. Zur Demokratie allerdings gibt es keine Alternative, Sozialismus ist die zu Ende gedachte Demokratie. Anstatt aber zu konstatieren: 'wir wählen das kleinere Übel' oder sogar 'man sollte die Partei xy nicht nur kritisieren, sondern von innen heraus verändern', was für eine abwegige Vision, muss man sich viel grundlegendere Gedanken machen. Parlamentswahlen sind zweifellos die prominentesten Möglichkeiten zur politischen Mitsprache hierzulande, sie ernst zu nehmen muss selbstverständlich sein. Sie sind aber beileibe nicht die einzigen Partizipationsmöglichkeiten, und vor allem muss klar sein: wir wollen mehr, viel mehr Möglichkeiten zur Mitsprache, die eine Fortführung des Parteiensystems und dessen besitzstandswahrender politischer Kaste wohl kaum zulassen dürften. Es ist also an uns, nicht

nur die Politik welcher Parteien auch immer kritisch zu begleiten, sondern darüber hinaus das System konstruktiv (!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!) zu kritisieren. Klarstellung: Selbstverständlich ist die Demokratie das beste aller Systeme, aber bietet sie nicht mehr, als das politische System der BRD zulässt? Wir sollten uns daher auch über unser Sozialismusbild klar werden!



Treffen wir uns also wieder - virtuell oder real - in unserem behaglichen Elfenbeinturm und jammern ein wenig über die Welt da draußen. Vielleicht geht davon ja ein Fanal aus und alles wird besser... nur niemals die Hoffnung verlieren und den Kampf aufgeben.

## **04.06.2005, schon wieder Dennis!**

Wenn sich PDS und WASG zu einer neuen politischen Formation zusammenschließen werden, dann sollten wir als Falken uns denen als Parteijugend anbieten, finde ich ...

... was natürlich all jenen, denen Ironie ein Buch mit sieben Siegeln ist, als Scherz zu verstehen anheim gelegt werden soll. Aber mal ehrlich: Eine linke Alternative, ist es nicht das, was sich der Großteil von uns schon lange wünscht? Ja, das ist es aus folgenden Gründen:

- die SPD ist für Sozialisten nicht wählbar, finde ich und nicht nur ich...,
- die Vielzahl kleiner Linksparteien, die es gibt, sind chancenlos und/oder unseriöse Spinner, während eine linke Alternative laut Umfrage ca. 20% Wählerpotenzial haben soll,
- eine linke Politik ist überfällig.

Und was spricht gegen die PDSWASG?

- sie wird systemkonform sein, da ihre Mitglieder und Führungsleute sich aus der eingefahrenen Parteienlandschaft rekrutieren, die nicht den Ast absägen würden, auf dem sie sitzen,
- auch sie dürfte zwar vielleicht eine weniger unsoziale Politik machen, aber wohl kaum eine sozialistische,
- auch sie wäre deshalb nur das wohl bekannte kleinere Übel, was nie ein überzeugendes Argument für eine Wahlentscheidung sein sollte...

Ich bin mir nicht sicher, ob ich diese Partei wählen würde, aber ich halte wenig bis gar nichts vom Nichtwählen. Auch das sog. Protestwählen ist keine Option, da ich nicht aus Protest, sondern im besten Fall aus Überzeugung meine Stimme abgeben möchte. Das Ungültigwählen habe ich mal ausprobiert, es hat mich aber überhaupt nicht befriedigt, weil es etwas von Hilflosigkeit hat. Aber irgendwie trifft es das: Ich

# DEBATTE

bin hilflos bei meiner Wahlentscheidung, da es keine Liste gibt, die ich aus voller Überzeugung wählen kann.

Darum abschließend zwei Zitate aus der Popkultur: "Help me, Rhonda" (Wilson) und "Help!" (Lennon/McCartney).



## **Der kurze Kommentar: Argumente gegen Wahlen**

*Vom Denkmalsockel und vom Balkon,  
vom Kirchturm und von der Veranda,  
vom Automobil und vom Luftballon  
braust mächtig die Propaganda.*

*Betet! Schreit Hurra! Laßt euch nicht impfen!  
Wählt nur Demo-, Natio-, Sozial-, Kommunisten!  
Himmel! Achtzehn Kandidatenlisten  
winken wedeln, werben, höhnen, schimpfen!...*

Erich Mühsam, 1925

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken sind eine pluralistische, linke Organisation. So ist es kein Wunder, dass immer wieder heftige Kontroversen aufbrechen. Sei es über das Gedenken an deutsche Opfer des Zweiten Weltkrieges, über die EU-Verfassung oder, wen wundert's, über die nun anstehenden Bundestagswahlen. Doch Uneinigkeit besteht nicht nur in der Frage, an welche Partei man seine Stimme denn abgeben sollte, sondern auch ob die Wahl irgendeiner Partei überhaupt die richtige Strategie ist. Immer wieder tauchen in der (außerparlamentarischen) Linken Argumente auf, die Wahlen und wählen gehen generell ablehnen. Einige Beispiele von [www.wahlquark.de.vu](http://www.wahlquark.de.vu) :

"Der Gang zur Wahlurne ist die faktische Zustimmung zur eigenen Ohnmacht, zum demokratischen Projekt. Jeder Aufruf zur Wahl bedeutet daher auch, staatliche Herrschaft anzuerkennen und mit zu legitimieren. So betreibt mensch in jedem Fall Wahlkampf für die Demokratie und reduziert das eigene Engagement auf das Kreuz an der "richtigen" Stelle. Wer wählt, wählt verkehrt!"

"Wahlen sind weder ein Repressionsinstrument der Herrschenden noch dienen sie ihnen zur Ausbeutung. Sondern: Sie dienen zur Verschleierung von Repression und Ausbeutung."

Was diese Positionen vorschlagen, ist dreierlei: Zum einen solle man lieber außerparlamentarischen Widerstand aufbauen, sich selber politisch organisieren und versuchen, die Gesellschaft abseits der etablierten Institutionen zu verändern, anstatt

# ARGUMENTE GEGEN WAHLEN

sich auf Wahlen zu konzentrieren. So weit, so gut - Falken machen ja eigentlich nichts anderes. Der zweite Punkt besagt nun aber, dass allein das "wählen gehen" und der Aufruf zur Wahl zu gehen und irgendetwas (Linkes) zu wählen bedeutet, falsche Illusionen zu schüren und die gegenwärtige "staatliche Herrschaft anzuerkennen und mit zu legitimieren". Statt einem Aufruf zur Wahl bräuchte es, so das Argument, eine Kampagne zur Aufklärung über die Funktion von Wahlen in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und die Propagierung von Selbstorganisation als politischer Alternative. Schließlich und konkret solle man anstatt eine Partei zu wählen oder zu Hause zu bleiben den Wahlzettel ungültig machen, weil dies gleichzeitig den Willen ausdrückt sich zu beteiligen, jedoch die Ablehnung der vorgegebenen Form deutlich macht.

Das Wenigste, was man von einer Organisation, die sich sozialistisch nennt und beansprucht, die Gesellschaft grundlegend verändern zu wollen, wohl verlangen darf, ist, solche Argumente ernsthaft zu erwägen und zu diskutieren.

**Fabian**

Mehr Informationen:

<http://www.wahlquark.de.vu>

<http://de.indymedia.org/2005/06/120237.shtml>



## **Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Birkenau**

**>> mit zwei Vorbereitungstagen in Berlin**

**>> 3.- 9. Oktober 2005**

Wir Berliner Falken gedenken der Opfer des Nationalsozialismus und setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass sich der Holocaust nicht wiederholen kann. Deshalb fahren wir dieses Jahr gemeinsam nach Auschwitz.

Am 3. und 4.10. werden wir uns in Berlin gemeinsam inhaltlich auf die Gedenkstättenfahrt vorbereiten, ehe wir am 5.10. morgens mit dem Zug von Berlin nach Krakau fahren. Am Abend der Ankunft wollen wir uns mit polnischen GenossInnen treffen und uns mit ihnen über das Thema "Faschismus und was wir dagegen tun können" austauschen. Am folgenden Tag fahren wir in das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz. Am 7.10. steht das zweite Lager der maschinellen Vernichtung der europäischen Jüdinnen und

Juden, Birkenau, auf dem Programm. Nach Zeitzeugengesprächen ist dort eine Gedenkfeier für die durch die Nazis ermordeten Menschen geplant. Am letzten Tag der Gedenkstättenfahrt wollen wir uns heutiges jüdisches Leben in Krakau ansehen, bevor wir abends wieder in den Zug nach Berlin steigen.

### **Melde dich an!**

Bist du zwischen 15 und 26 Jahre alt? Dann melde dich an: Infos und Anmeldeflyer gibt es unter [www.falken-berlin.de](http://www.falken-berlin.de). Du kannst uns auch anrufen: Tel. 2 80 51 27 oder eine Mail an [info@falken-berlin.de](mailto:info@falken-berlin.de) schicken. Anmeldung bis spätestens 31. August 2005! Kosten der Fahrt 100 Euro.



# TERMINE

## JULI

### **Mo, 04.07.-Do, 07.07.2005, Neukölln**

3 Falken Fifa Fußballturnier im Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidstr. 37, 12359 Berlin-Neukölln, U Britz-Süd. Mehr Infos unter [www.falken-berlin.de](http://www.falken-berlin.de).

### **Mo, 04.07.- Sa, 09.07.2005, Lichtenberg**

Ferienprogramm in der Falkenburg, Gensinger Str. 105, 10315 Berlin, Tel. 5134523: Wir gestalten den ehemaligen Bauwagenplatz neu.

### **Mo, 11.07.-So, 17.07.2005, Lichtenberg**

Ferienprogramm in der Falkenburg: Aktionswoche "Die Berlin-Reporter" - Wir machen Ausflüge und berichten über Kinder in Berlin.

### **Do, 14.07.-Do, 04.08.2005**

Falken-Sommercamp in Bolmsö, Schweden.

### **Di, 19.07.-Do, 04.08.2005**

Internationale Jugendbegegnung von ARA-Berlin mit Jugendlichen aus Rumänien, Polen, Tschechien und Deutschland mit Radioworkshops zum Thema Rassismus in Peenmünde. Anmeldungen an [ara@falken-berlin.de](mailto:ara@falken-berlin.de).

## AUGUST

### **Mo, 01.08.-Sa, 06.08.2005, Lichtenberg**

Ferienprogramm in der Falkenburg: Sprayaktion: Die Falkenburg wird bunter!

### **Fr, 05.08.-Sa, 13.08.2005**

Internationale Begegnung bei den Weltfestspielen der Jugend in Venezuela

### **Ende August**

Köpenicker Kontrollverluste Festival. Mehr Infos kurz vorher auf [www.alkalij.tk](http://www.alkalij.tk) oder [www.kontrollverluste.tk](http://www.kontrollverluste.tk) (falls estatsächlich stattfindet)

## SEPTEMBER

### **Sa, 03.09.2005**

Zeltlagernachtreffen und Bandfestival im Anton-Schmaus-Haus

**Sa, 10.09.2005**

“Hüpfen gegen Rechts”

**Fr, 23.09.-So, 25.09.2005**

Redaktionsseminar für den Falken-Kalender 2006, Thema Armut und Arbeit

## **OKTOBER**

**Mo, 03.10.-So, 09.10.2005**

Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz mit zwei Vorbereitungstagen in Berlin.  
Anmeldeflyer und mehr Infos unter [www.falken-berlin.de](http://www.falken-berlin.de).

## **Interne Termine für aktive Falken:**

### **JULI**

**Mi, 06.07.2005 18:45**

Teamtreffen Gedenkstättenfahrt: inhaltliche Vorbereitung. Ort: Eiertanz

### **AUGUST**

**Mo, 15.08.2005**

F-Ring-Treffen

### **SEPTEMBER**

**Do, 01.09.-So, 11.09.2005**

Israelis zu Besuch bei den Berliner Falken

**Mo, 19.09.2005**

F-Ring-Treffen

### **OKTOBER**

**Sa, 01.10. 14:00-So, 02.10.2005 13:00**

Bundesausschuss. Ort ist noch nicht bekannt.

# REGELMAESSIGE TERMINE

**Lichtenberg,** Falkenburg, Gensinger Str. 105, 10315 Berlin-Lichtenberg, Tel. 5 13 45 23

<b>Montags-Freitags</b>	14.30-15.00 Uhr Hausaufgabenhilfe
<b>Montags</b>	15.30 Uhr Basteln, 17.30 Uhr Videofilm-AG
<b>Dienstags</b>	17.00 Uhr Zeitungs-AG
<b>Mittwochs</b>	15 Uhr Gartentag
<b>Donnerstags</b>	16 Uhr (im wöchentlichen Wechsel) Vollversammlung oder Kinderdisco, 17.30 Uhr Kunst-AG
<b>Freitags</b>	16.00 Uhr Koch-AG

**Neukölln,** Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidstr. 37, 12359 Berlin, Tel. 6 02 20 53

<b>Montags-Freitags</b>	14.00-15.00 Uhr Hausaufgabenhilfe
<b>Mittwochs</b>	16.30 Uhr Gitarrenunterricht. Bitte anmelden
<b>Freitags</b>	15-18.30 Uhr Gruppenangebote, z.B. Theater, Kochen etc.

**ARA-Berlin,** Eiertanz, Admiralstraße 17, 10999 Berlin-Kreuzberg, Tel. 6 14 72 11

<b>Mittwochs</b>	16-18 Uhr Antirassistische Videogruppe
------------------	--

---

Das Avanti wird vom Landesverband der SJD - Die Falken, Rathenowerstr. 16, 10559 Berlin herausgegeben.  
Tel.: 0 30 - 2 80 51 27, Fax: 0 30 - 2 82 64 98. eMail: info@falken-berlin.de.

Artikel, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Antworten, Richtigstellungen und eigene kreative Beiträge sind erwünscht. Der Redaktionsschluss für das nächste Avanti ist der 31. August 2005!  
Bitte schickt eure Artikel an das Landesbüro: candida@falken-berlin.de. Bei Fragen, Kritik und Anregungen erreicht ihr den Vorstand (und alle MitarbeiterInnen) unter [Vorname]@falken-berlin.de



---

Ja, ich will mitmachen ...

- KidsCourage
- ARA-Berlin - Das Jugendradio gegen Rassismus
- GruppenleiterInnen-Schulung
- Seminar: .....
- Internationale Begegnung
- Gedenkstättenfahrt in den Herbstferien
- suche eine Jugendgruppe
- brauche dringend Infos über die Falken
- .....
- Name: .....
- Adresse: .....
- Tel.: .....
- Geb.: ..... eMail: .....

... ausschneiden und an die  
SJD-Die Falken, LV Berlin,  
Rathenowerstr. 16  
10559 Berlin schicken  
oder als Elektropost an: info@falken-berlin.de